

Außerordentlicher Deutscher Ärztetag

Berlin
24. Oktober 2006

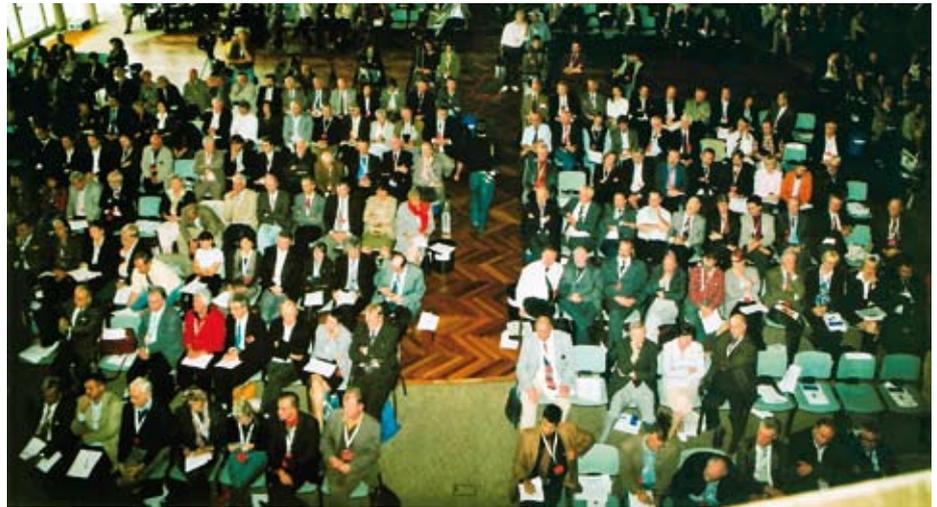
Mehr Freiheit wagen und Verantwortung tragen. Diese Reform macht krank!

Aufgrund der politisch geplanten massiven Eingriffe in die bewährten Strukturen des deutschen Gesundheitswesens durch das „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ steht außer Zweifel:

- das Gesundheitswesen wird sukzessiv in die Staatsmedizin getrieben,
- die Ärzte sollen ihre Freiberuflichkeit gegen behördlichen Zwang eintauschen,
- die Ärzte sollen weiterhin mit begrenzten finanziellen Mitteln unbegrenzte Leistungsversprechen der Politik einlösen,
- die Budgetierung in der ambulanten ärztlichen Versorgung wird de facto fortgeführt,
- die Unterfinanzierung im Gesundheitswesen wird nicht beseitigt,
- den Krankenhäusern werden zusätzliche finanzielle Lasten aufgebürdet,
- der Weg zur Einheitsversicherung wird geebnet,
- die Beitragssätze werden künftig durch den Staat per Rechtsverordnung festgelegt,
- der sogenannte Gemeinsame Bundesausschuss als Rationierungsbehörde soll definieren, welche Leistungen die gesetzlich Versicherten künftig nicht mehr erhalten werden.

Deshalb war es berufspolitisch und gesundheitspolitisch aktuell zwingend und existenziell notwendig, dass die Bundesärztekammer einen außerordentlichen Deutschen Ärztetag einberief und als berufspolitisches Novum gemeinsam mit der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung die Ärzteschaft und alle Bündnispartner einlud.

Die deutsche Ärzteschaft ist nicht länger bereit, die Unterfinanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) durch unbezahlte Mehrarbeit von mehr als 10 Milliarden Euro jährlich zu kompensieren. Der Rationierungsdruck wird



Plenum

weiter zunehmen, wenn die Finanzprobleme des gesamten Gesundheitswesens nicht durch eine lebenswirklichkeitsnahe und adäquate Gesundheitsreform gelöst wird. Auch durch den zweiten Arbeitsentwurf des geplanten „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ werden die Sparschrauben noch enger gezogen, um Beitragssteigerungen der gesetzlichen Krankenkassen zu verhindern. Bereits der Titel der Reform – „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ – ist Täuschung, Verschleierung und Irreführung.



Professor Dr. med. h.c. Jörg-Dietrich Hoppe warnte eindringlich vor einer „zentralistisch gesteuerten Rationierungsmedizin“.

Die Bundesärztekammer, die Landesärztekammern, die Kassenärztliche Bundesvereinigung, die Kassenärztlichen Vereinigungen, alle Ärzteorganisationen, die Zahnärzte, die Fachberufe im Gesundheitswesen, die Arzthelferinnen, die Pflegekräfte, die Heilberufe, die Patientenverbände, die Oppositionsparteien, über 80 Prozent der Bevölkerung und alle Krankenkassen lehnen die geplante Gesundheitsreform eindeutig ab. Auf dem außerordentlichen Deutschen Ärztetag wurde die Unterfinanzierung des Gesundheitswesens deutlich mit harten Fakten nachgewiesen. Die Budgetmedizin ist überaltert und ausgedient. Das deutsche Gesundheitswesen braucht dringend eine nachhaltige und ausreichende Finanzierung.

Der Präsident der Bundesärztekammer, Herr Professor Dr. med. habil. h.c. Jörg-Dietrich Hoppe, begann sein eindrucksvolles Grundsatzreferat mit folgenden Worten: „Vor uns liegt nun ein Reformentwurf, der sich zwar „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ nennt, das aber alles, aber wirklich auch alles festschreibt, um genau das Gegenteil zu erreichen, nämlich unser Gesundheitswesen mit Vollampf in die Staatsmedizin zu fahren“. Durch das politisch geplante „Wettbewerbsstärkungsgesetz“ wird das freiheitliche Gesundheitssystem in eine staats-

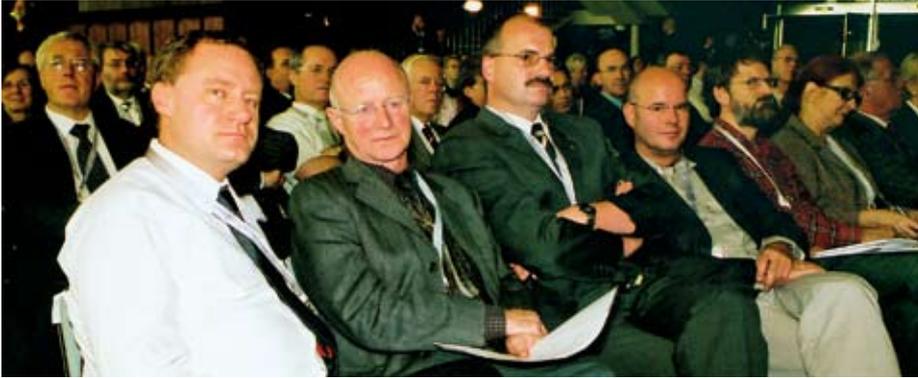
medizinische Form mit Einheitsversicherung gepresst, die Selbstverwaltung und die Therapiefreiheit durch Zuteilungsmedizin ersetzt. Somit ist eine zentralistisch gesteuerte Rationierungsmedizin programmiert. Statt wie in der Regierungserklärung von Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel 2006 versprochen: „Mehr Freiheit zu wagen“, wird der Staat das Sagen haben. „Die Fundamente eines bürgernahen Gesundheitswesens werden zerschlagen, um darauf eine oligarchisch geprägte Ministerialratbürokratie auf Bundesebene zu errichten, die dann offensichtlich einen nationalen Gesundheitsdienst nach britischem Vorbild mit Wartelistenmedizin und Leistungsausschluss aufbauen soll“ so Prof. Dr. Hoppe. „Wir brauchen ärztliche Fortbildung und Qua-

litätssicherung nach medizinischen Notwendigkeiten und nicht nach staatlichen Begehrlichkeiten. Die Ärzte in Deutschland sind keine Staatsmediziner und keine Rationierungsassistenten“. Die geplante Reform löst keine Probleme. Sie ist das Problem!

Die verfasste Ärzteschaft appelliert erneut an alle Politiker der Großen Koalition: „Nehmen Sie die Sorgen und Nöte der Menschen ernst, kehren Sie zu Sachfragen zurück und drücken Sie endlich den Resetknopf im Gesundheitswesen, denn diese Reform braucht keiner, sie schadet nur allen“ lautete die Forderung des Präsidenten der Bundesärztekammer. Eindrücklich und einmütig appellierten die Delegierten des „Außerordentlichen Ärz-

tetag“ und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung zusammen mit den freien Ärzteverbänden an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel: „Stoppen Sie diese Reform aus Verantwortung für unser Gesundheitswesen!“ Die Ärzteschaft lehnt den Staatsdirigismus kategorisch ab, da die geplante staatsmedizinische Abwicklung des Gesundheitswesen die flächendeckende Versorgung der Patienten nachhaltig zerstört. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen wollen das jetzige System konstruktiv weiterentwickeln und zukunftssicher machen durch:

- Verbreiterung der Einnahmebasis der GKV nach der tatsächlichen Leistungsfähigkeit des Versicherten,
- sozialverträgliche Erweiterung der Eigenbeteiligungsformen,



Sächsische Delegierte

- kostenfreie Familienversicherung nur noch für erziehende Elternteile,
- Einführung eines demografiebezogenen Ausgleichsfaktors über die Krankenversicherung der Rentner,
- Beendigung des Missbrauches der GVK durch Ausweitung versicherungsfremder Leistungen.

Die Ärzteschaft kann in einem „Bundesgesundheitsrat“ sachgerecht und transparent politische Entscheidungen vorbereiten und Prioritäten unter sozialen, ethischen, ärztlichen und medizinisch-gesundheitswissenschaftlichen Kriterien entwickeln.

Herr Prof. Dr. Hoppe fordert eindringlich von den Politikern: „Zerstören Sie nicht das Vertrauen in unser Gesundheitswesen. Stoppen Sie diese Reform aus Verantwortung für Deutschland“.

Nach den Worten des Vorsitzenden des Vorstandes der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Herrn Dr. med. Andreas Köhler, ist der Entwurf des „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ ein gigantisches Arztpraxisvernichtungsprogramm. Es schaltet die private und die gesetzliche Krankenversicherung größtenteils gleich, schließt die Kassenärztlichen Vereinigungen als wichtigsten Anbieter ambulanter ärztlicher Leistungen willkürlich aus dem Bereich der selektiven Verträge aus, sektoriert die ambulante Versorgung zusätzlich durch einen starren, weitgehend staatlichen Vorgaben unterliegenden Kollektivvertrag und zerstört damit das heutige pluralistische ambulante Versorgungssystem.

tem. Als Fazit stellte Herr Dr. Köhler fest: „Bleibt der Gesetzentwurf so, können und werden wir ihn nicht umsetzen, auch wenn das das Aus für die ärztliche Selbstverwaltung bedeutet. Wir werden doch langsam als Kassenärztliche Vereinigungen entmachtet und können die Rechte der Ärzte nicht mehr wahrnehmen“. Die Kassenärztlichen Vereinigungen werden sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen dieses Gesetz wehren.

Zum Abschluss des „Außerordentlichen Deutschen Ärztetags 2006“ wurde die Resolution „**Mehr Freiheit wagen und Verantwortung tragen – diese Reform macht jedoch krank – sie kennt nur Verlierer!**“ einstimmig von allen Dele-



Frau Sabine Rothe, Bündnis Gesundheit 2000: „Lassen Sie uns gemeinsam an einem menschlich geprägten Gesundheitssystem arbeiten“.

gierten der deutschen Ärzteschaft angenommen. Diese Resolution ist unter <http://www.baek.de> nachzulesen.

Die Gesundheitspolitik ist keine Sachfrage mehr, Gesundheitspolitik ist eine Machtfrage!

Beweise: Trotz über 50 Gegenstimmen in der Großen Koalition, geschlossene Ablehnung durch die Fraktionen der FDP, der Bundestagsfraktion Die Linke, der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Boykottandrohungen der verfassten Ärzteschaft stimmten die Fraktionen von Union und SPD am 24.10.06 zu, das „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ in den Bundestag einzubringen. Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf am 25. Oktober 2006 beschlossen. Am 27. Oktober 2006 wurde der Gesetzentwurf in erster Lesung im Bundestag mit einem positiven Votum beraten. **Änderungen werden bis zur zweiten und dritten Lesung, die im Dezember 2006 geplant ist, in den Gesetzentwurf eingearbeitet.** Die Verabschiedung des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz im Parlament ist vor Weihnachten 2006, der Beschluss des Bundesrats im Februar 2007 geplant. Das Gesetz soll am 1. April 2007 Inkrafttreten.

Prof. Dr. med. Winfried Klug



Prof. Dr. med. Jan Schulze erinnerte an Dr. Herrmann Eberhard Friedrich Richter, der 1872 die entscheidenden Impulse für die Vereinigung aller ärztlichen Vereine im deutschen Reichsgebiet gab.